

Antrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand

Gegenstand: **Ein Jahr schwarz-rote Koalition:
Orientierungsloses Verwalten statt
verantwortungsvolles Gestalten**

1 Antragstext

2 Seit einem Jahr wird Sachsen durch eine schwarz-rote Koalition regiert. In der
3 aktuellen Situation, die eine entschlossene und handlungsorientierte
4 Regierungskoalition verlangen würde, zeigt sich deutlich: CDU und SPD sind nicht
5 in der Lage die drängenden Probleme der Menschen in Sachsen zu lösen. Für die
6 großen gesellschaftlichen, demokratischen und ökologischen Fragen und
7 Herausforderungen haben sie bisher keine Antworten und Lösungsansätze gefunden.
8 Sachsen wird durch die schwarz-rote Koalition vor allem orientierungslos
9 verwaltet statt verantwortungsvoll gestaltet.

10 Eine mögliche Zusammenarbeit zwischen CDU und GRÜNEN scheiterte vor einem Jahr
11 am Fehlen ernstgemeinter Angebote in den Sondierungsgesprächen. Insbesondere der
12 Unwillen der CDU zu einem Einstieg in den Braunkohleausstieg machte für uns
13 GRÜNE eine Regierungsbeteiligung unmöglich. Die SPD erhielt zwar in den
14 Koalitionsverhandlungen eine Reihe von Zugeständnissen, konnte im
15 Koalitionsvertrag aber in erster Linie Prüfaufträge durchsetzen. Doch selbst
16 diese erweisen sich bereits nach einem Jahr als Makulatur, wie die strikte
17 Ablehnung einer Absenkung der Quoren bei Volksentscheiden seitens der CDU zeigt.
18 Trotz ihres Einflusspotentials innerhalb der Regierung hat es die SPD nur
19 ansatzweise vermocht, ihre im Wahlkampf symbolisch in Stein gemeißelten
20 Kernforderungen im Fahrplan für das Regierungshandeln der nächsten Jahre zu
21 verankern. Nur für einen kleinen Teil besteht auch tatsächlich die Chance auf
22 Realisierung. Die schwarz-rote Koalition war von Beginn an auf fünf Jahre
23 geräuschloses Regieren statt auf ein aktives Angehen der zentralen
24 Herausforderungen angelegt. Sie hat sich weder ambitionierte Ziele gesetzt, noch
25 hat sie es vermocht die Bürgerinnen und Bürger in den politischen Diskurs
26 einzubinden.

27 Besonders dramatisch zeigt sich dies anhand der derzeitigen asylpolitischen
28 Lage. Der Ministerpräsident erweckt nicht den Eindruck, den Freistaat Sachsen
29 tatsächlich politisch zu führen. Er verliert an Glaubwürdigkeit, indem er zwar

30 im Landtag beachtliche Reden hält, jedoch in seinen politischen Aussagen nicht
31 verlässlich ist und es nicht schafft, die führenden Köpfe seiner Fraktion und
32 seiner Partei hinter sich zu versammeln.

33 Nach einem Jahr CDU-SPD-Regierung kann die Bilanz gezogen werden: Die schwarz-
34 rote Koalition lässt jedweden notwendigen Gestaltungsanspruch vermissen,
35 besonders in den derzeit im Freistaat zentralen Politikbereichen Asyl,
36 Rechtsstaat, Energie, Natur- und Umweltschutz sowie Bildung.

37 **Asylpolitik in Sachsen - Der Koalition fehlt es an einer klaren Haltung**

38 Die Asylpolitik ist zur Nagelprobe für die Politik in Sachsen geworden. Auch
39 wenn niemand mit den aktuellen Zahlen von Asylsuchenden, die derzeit nach
40 Deutschland kommen, gerechnet hat, hat es die Koalition - allen voran der
41 sächsische Innenminister Markus Ulbig - versäumt, zumindest für die erhöhte Zahl
42 an Asylsuchenden, die angesichts der internationalen Entwicklungen seit Monaten
43 erwartbar gewesen sind, die notwendigen Voraussetzungen für eine menschenwürdige
44 Unterbringung und eine gelingende Integration zu schaffen. Die Folgen waren und
45 sind unübersehbar: Eine sichtlich überforderte Verwaltung. Eine mangelhafte
46 Kommunikation bei der Unterbringung der Asylsuchenden gegenüber den Landkreisen
47 und Kommunen. Flüchtlinge, die in zum Teil nicht wetterfesten Zelten leben
48 müssen. Und ein vollkommen planloser Innenminister.

49 Bilder von Hilflosigkeit und Chaos beherrschten monatelang die Berichterstattung
50 über die Asylpolitik in Sachsen. Der Freistaat Sachsen war vollkommen
51 unvorbereitet auf die Zahl von Menschen, die bei uns Schutz suchen. Das Gefühl,
52 dass die sächsische Regierungskoalition die Kontrolle über die vielen damit
53 verbundenen und zu lösenden Probleme verloren hat, verstärkt sich im Freistaat
54 von Tag zu Tag. Dazu kommen immer wieder rechtspopulistische Äußerungen
55 führender CDU-Politiker. Sie übernehmen die asylfeindliche Stimmung in Teilen
56 des Freistaates in Form von platten Stammtischparolen oder zeigen falsches
57 Verständnis für vermeintlich „besorgte Bürger“, die mittlerweile offen
58 rassistischen Positionen zuneigen.

59 Die SPD ist beim Thema Asyl nicht in der Lage, ihren Gestaltungsspielraum als
60 Koalitionspartner zu nutzen. Ihre Verantwortlichen widersprechen oft zu spät,
61 wenn aus den Reihen der CDU Vorurteile und Ängste gegen andere Menschen geschürt
62 werden. Und trotz der Zuständigkeit für den Bereich Integration biedert sich die
63 SPD sogar zunehmend den Hardlinern innerhalb der CDU an. Immer häufiger stoßen
64 sie selbst in das Horn einer Abschottungspolitik gegenüber Geflüchteten, indem
65 sie sich für Grenzsicherungen aussprechen, die letztlich zu einer Aushöhlung
66 des Menschenrechts auf Asyl in Deutschland führen.

67 Wir GRÜNE stehen für eine andere Flüchtlingspolitik. Jeden Angriff auf das
68 Grundrecht auf Asyl weisen wir entschieden zurück. Statt auf Abschottung zu
69 setzen und die Verantwortung immer wieder auf andere abzuwälzen, braucht es eine
70 Regierung, die eine klare Haltung hat. Statt Schwarzmalerei zu betreiben müssen
71 den Bürgerinnen und Bürgern die Chancen und der große gesellschaftliche Gewinn
72 aufgezeigt werden, die mit der Einwanderung verbunden sind. Es ist jetzt an der
73 Zeit, die Voraussetzungen für eine gelungene Integration zu schaffen. Dazu

74 müssen die drängendsten Probleme schnell angegangen werden, wie zum Beispiel
75 eine bessere gesundheitliche Versorgung und die Einführung einer
76 Gesundheitskarte sowie mehr Behandlungsmöglichkeiten traumatisierter
77 Flüchtlinge. Zudem gehören die Ausweitung der Migrationsberatung und der
78 Flüchtlingssozialarbeit, die bedarfsgerechte Betreuung der erwartbar
79 ansteigenden Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die Unterstützung
80 von Flüchtlingsorganisationen, besonders von ehrenamtlichen Helferinnen und
81 Helfern, der Zugang zu Bildungseinrichtungen, Sprachunterricht bzw. schulische
82 Angebote für Deutsch als Zweitsprache auf die Tagesordnung.

83 **Der Rechtsstaat in der Krise - ein hausgemachtes Problem**

84 In Sachsen erodieren Rechtsstaat und Demokratie. 25 Jahre nach der
85 Wiedervereinigung können in im Freistaat fundamentale Grundrechte nicht mehr
86 gewährleistet werden. Dies trifft sowohl auf das Grundrecht auf
87 Versammlungsfreiheit zu, das bisher im Jahr 2015 drei Mal innerhalb von sieben
88 Monaten vollständig zur Disposition gestellt wurde, als auch auf den
89 Schutzauftrag des Staates gegenüber den Menschen, die hier leben. Nicht nur
90 einmal erweckte die sächsische Polizei den Eindruck, aufgrund der dünnen
91 Personaldecke nicht mehr in der Lage zu sein, Ausschreitungen von Neonazis,
92 Übergriffe auf JournalistInnen, Asylsuchende und deren UnterstützerInnen oder
93 auf Unterkünfte von Flüchtlingen frühzeitig erkennen, schnell unterbinden und
94 Straftäter rechtswirksam verfolgen zu können.

95 Diesem selbstverschuldeten Staatsversagen liegt der bereits im Jahr 2006 unter
96 der damaligen schwarz-roten Koalition begonnene und unter CDU und FDP verstärkte
97 Stellenabbau bei der Polizei zu Grunde. Auch die aktuelle Koalition hat ihn nur
98 halbherzig gestoppt. Trotz ausreichender Erkenntnisse über die angespannte
99 Personalsituation bei der Polizei, die sich nicht zuletzt an hohen Überstunden
100 und einem viel zu hohen Krankenstand zeigten, schoben CDU und SPD das Thema mit
101 der Verlagerung in eine - grundsätzlich zu begrüßende -
102 Polizeistrukturkommission auf die lange Bank und setzten den Stellenabbau auch
103 im aktuellen Doppelhaushalt unvermindert fort. Die Folgen dieser fahrlässigen
104 Politik sind unübersehbar. Im Freistaat wurden durch den Stellenabbau nicht nur
105 die Sicherheit in vielen Regionen nachhaltig gefährdet, sondern auch
106 fundamentale Inhalte des Rechtsstaates zu Tode gespart.

107 Neben diesem Versagen in der Sicherheitspolitik ist aber auch das Problem einer
108 wachsenden Radikalisierung von Protestierenden hausgemacht. Die CDU versäumt es
109 seit Jahren, sich offensiv mit dem Rassismus- und Rechtsextremismusproblem im
110 Freistaat ernsthaft und vollumfänglich auseinanderzusetzen. Viel zu lange wurde
111 es verharmlost, etwa im Umgang mit PEGIDA über Monate hinweg taktiert. Dies hat
112 nicht zuletzt Altministerpräsident Biedenkopf durch die Wiederholung seiner
113 These über die "Immunität" der Sachsen gegen Rechtsextremismus eindrucksvoll
114 unter Beweis gestellt. Zusammen mit dem politischen Unwillen, sich gegen den
115 grassierenden Rechtsextremismus in vielen Gemeinden und Landkreisen zu stellen,
116 trug dies dazu bei, dass die offen demokratie- und menschenfeindliche Stimmung
117 in Teilen der Bevölkerung massiv angewachsen ist und nun ehemalige CDU-
118 Wählerinnen und Wähler der AfD und der NPD bzw. Pegida auf ihren rassistischen
119 Demonstrationen folgen.

120 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Es braucht eine klare Haltung gegenüber
121 menschenfeindlichen Positionen in diesem Land. Deshalb haben wir von Anfang an
122 auf die Gefahren und den offen zur Schau gestellten Rassismus der
123 asylfeindlichen PEGIDA-Bewegung hingewiesen. Falsches Verständnis für Rassismus
124 löst keine Probleme, sondern verschärft das Sicherheitsproblem im Freistaat. Wir
125 fordern ein landesweites Sicherheitskonzept für Flüchtlingsunterkünfte und
126 einheitliche Standards bei der Absicherung von Unterkünften. Sachsens Polizei
127 muss personell mit gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten in die Lage
128 versetzt werden, die Grundrechte in Sachsen jederzeit vollumfänglich zu
129 verteidigen und zu gewährleisten. Scheinlösungen wie die Wiedereinführung einer
130 durch kurze Ausbildungszeiten charakterisierten Wachpolizei lehnen wir GRÜNEN
131 ab.

132 **Ein "Weiter so!" bei der Braunkohle - Sachsens Energiepolitik fährt gegen die** 133 **Wand**

134 Nachdem der Unwillen der CDU, einen Braunkohleausstieg in Aussicht zu stellen,
135 zum Knackpunkt der Sondierungsverhandlungen mit den GRÜNEN geworden war, hat
136 sich unter Beteiligung der SPD in dieser Frage in Sachsen nichts geändert. Die
137 SPD ist eine Braunkohlepartei, die nicht den Willen hat, eine veraltete
138 Technologie schnellstmöglich zu Gunsten eines Ausbaus der erneuerbaren Energien
139 und des wirksamen Schutzes des Klimas aufzugeben. Stattdessen hat die SPD mit
140 dem Koalitionsvertrag das von Schwarz-Gelb vorbereitete politische Todesurteil
141 für mehrere Dörfer in der Lausitz faktisch unterschrieben.

142 Der Strukturwandel in der Lausitz und im Südraum Leipzig hat schon lange
143 begonnen. Das sture Beharren von CDU und SPD auf dem Auslaufmodell Braunkohle
144 ignoriert sämtliche verantwortungsvollen Gestaltungsansätze, die in der Lage
145 wären, bereits jetzt eine Zukunftsperspektive für diese Regionen zu eröffnen.
146 Damit gefährdet die Koalition die Zukunftsfähigkeit ganzer Landstriche in
147 Sachsen.
148 Mit der aktuellen Koalition wird es nicht einmal den Ansatz eines Ausstieges aus
149 der Braunkohle geben. Dieser scheitert nicht nur am Widerstand der CDU, sondern
150 auch am politischen Unwillen der SPD. Wir werden als GRÜNE den Bürgerinnen und
151 Bürgern in Sachsen dies deutlich machen und klarstellen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
152 sind die einzige Partei in Sachsen, die sich für einen Ausstieg aus der
153 Braukohle und einen wirksamen Klimaschutz einsetzt. Damit sind wir auch die
154 einzige Partei, die diesen Regionen in Sachsen, die durch den Braunkohleabbau
155 geprägt sind, eine Perspektive bietet.

156 **Natur- und Umweltschutz - für die Koalition offensichtlich irrelevant**

157 Das orientierungslose Verwalten des Status Quo durch die schwarz-rote Koalition
158 zeigt sich nicht nur daran, dass sie einen Einstieg in den Ausstieg aus der
159 Braunkohle aktiv zu verhindern versucht. Auch im Bereich Natur- und Umweltschutz
160 passiert viel zu wenig. Baumschutz und Flächenversiegelung sieht die Koalition
161 nicht als Problemfelder an, wie sich an der postulierten Ablehnung einer durch
162 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegten Revision des so genannten „Baum-ab-Gesetzes“
163 von Schwarz-Gelb zeigt. Nicht einmal die größten Verfehlungen der
164 Vorgängerregierung ist die aktuelle Koalition in der Lage zu beseitigen. Die

165 Aussagen zu Biodiversität und Naturschutz sind schwammig und bleiben bisher ohne
166 erkennbaren Handlungsansatz. Die vermeintlichen Bekenntnisse im
167 Koalitionsvertrag zu Deichrückverlegungen beim Hochwasserschutz und zu einem
168 Auenprogramm sind bislang nicht umgesetzt. Das Tempo der Flächenversiegelungen
169 verlangsamt sich zwar, aber die Trendwende bleibt aus.

170 Eine Landwirtschaftspolitik, die sich am Tierwohl und an mehr Ökologie
171 orientiert, war von CDU und der sächsischen SPD von vornherein nicht zu
172 erwarten. Die Zementierung der bestehenden landwirtschaftlichen Strukturen mit
173 Massentierhaltung und dem Einsatz von giftigen Chemikalien wird die Entwicklung
174 des ländlichen Raumes weiter nachhaltig negativ beeinflussen. Mit CDU und SPD
175 hat die Agrarwende in Sachsen keine Lobby. Die Abwendung von der
176 Massentierhaltung braucht eine andere Mehrheit. Die Anwälte einer bäuerlich
177 geprägten Landwirtschaft und ökologisch wirtschaftender Betriebe sitzen nicht in
178 dieser Landesregierung.

179 Diese Entwicklungen zeigen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die einzige ökologische
180 Partei in Sachsen. Dies gilt es auch in den kommenden Jahren immer wieder durch
181 entsprechende parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten deutlich zu
182 machen. Wir werden den Menschen eine politische Alternative bieten, denen die
183 Bewahrung unserer Lebensgrundlagen und Sachsens Natur wichtig sind.

184 **Ein neuer Aufbruch in der Bildungspolitik - bisher nicht erkennbar**

185 Die Koalition hat trotz SPD-Beteiligung das Ruder in der Bildungspolitik nicht
186 herumreißen können. Die Personalsituation in Kitas, Schulen und Universitäten
187 ist nach wie vor prekär. Der Lehrermangel bzw. die Überalterung des
188 Lehrpersonals bleibt das entscheidende Problem in der Schulpolitik des
189 Freistaates. 'Personalmaßnahmen' sind weniger zukunftsorientiert als
190 kurzgedachte Flickschusterei. 40 Prozent der Neueinstellungen in diesem
191 Schuljahr sind Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger und schulartfremd
192 eingesetzte Lehrkräfte. Auch das Prinzip der Fachlichkeit steht offenbar
193 zunehmend zur Disposition. Die sogenannte Verbesserung des Kita-Schlüssels ist
194 ein Etikettenschwindel, denn der Einsatz von "Assistenzkräften" verschlechtert
195 de facto den Fachkräfteanteil bei den Erzieherinnen und Erziehern. Es muss
196 bezweifelt werden, dass die Koalition so eine echte substanzielle Verbesserung
197 der Betreuungssituation erreichen kann.

198 Die Freien Schulen bleiben leider auch weiterhin ein Stiefkind der sächsischen
199 Schulpolitik. Die Staatsregierung erfüllt nicht einmal vollständig die Vorgaben
200 des Verfassungsgerichtshofes, der die Verfassungswidrigkeit der früheren
201 eklatanten Benachteiligung der Freien Schulen festgestellt hatte. Eine echte
202 Gleichberechtigung der Freien gegenüber den staatlichen Schulen treibt sie nicht
203 entschieden voran.

204 Zudem entscheiden in Sachsen offenbar Geschlecht, Herkunft und Region darüber
205 mit, ob Schülerinnen und Schüler einen höheren Abschluss machen oder nicht. So
206 sind beispielsweise die ländlichen Räume sowohl bei den Zahlen der
207 Bildungsempfehlungen als auch bei den Abiturientenzahlen deutlich
208 unterrepräsentiert. Sachsens Bildungssystem fehlt es an Chancengerechtigkeit.
209 Wenn sich dieser Umstand nicht grundlegend ändert, muss sich die sächsische

210 Sozialdemokratie grundsätzlich nach der Legitimation ihres politischen Handelns
211 fragen.

212 Auch die Situation an den Hochschulen bleibt durch Stellenabbau geprägt. Junge
213 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten unter prekären Bedingungen und
214 mit höchst unklaren Perspektiven. Die Besetzung der Lehrstühle zeigt eine klare
215 Benachteiligung von Frauen. Sachsen droht an Zukunftsfähigkeit zu verlieren,
216 wenn es keine verlässlichen Aussichten für die Hochschulen und für den
217 wissenschaftlichen Nachwuchs bieten kann.

218 Sachsens Bildungssystem braucht zudem dringend eine Stärkung der politischen und
219 menschenrechtsorientierten Bildung in Kita, Schule, Ausbildung und Hochschule.
220 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass in den Bildungseinrichtungen
221 die Vermittlung der Inhalte politischer Bildung ausgeweitet, Demokratie- und
222 Diskussionskompetenzen frühzeitig eingeübt und die Mitwirkungsrechte von
223 Kindern, Jugendlichen und Eltern mit Leben gefüllt werden.

224 **Ein weiteres Jahr Opposition - wir stehen für GRÜN**

225 Trotz großer personeller Umbrüche im Landesvorstand und in der Landtagsfraktion
226 sind die GRÜNEN seit der letzten Landtagswahl weiterhin eine deutlich
227 wahrnehmbare politische Kraft im Freistaat Sachsen und ein klarer Gegenentwurf
228 zum orientierungslosen Handeln der Landesregierung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen
229 sowohl auf Landes- wie auch auf kommunaler Ebene für eine ökologische, bürger-
230 und menschenrechtsorientierte, soziale und entschieden antirassistische Politik.
231 Diesen Kern unserer Politik gilt es zu bewahren und auszubauen.

232 Es gilt zu konstatieren, dass sich nicht nur die Rahmenbedingungen, in denen
233 Politik gemacht wird, verändert haben, sondern auch das Agieren anderer
234 politische Kräfte. Innerhalb der CDU haben erhebliche Teile offenbar nicht nur
235 das Gefühl dafür verloren, was der Bevölkerung zuzumuten ist, wie die
236 Selbstbedienungsmentalität bei der Reform des Abgeordnetengesetzes gezeigt hat,
237 sondern ihnen ist auch ein Grundgerüst an Menschlichkeit und Wertevorstellungen
238 abhanden gekommen. Das belegen die zum Teil menschenverachtenden Positionen
239 einiger CDU-Politikerinnen und CDU-Politiker in der aktuellen
240 Flüchtlingssituation. Diesen Auffassungen müssen wir als GRÜNE das deutliche
241 Gegenbild einer konsequent an den Menschenrechten orientierten
242 Flüchtlingspolitik entgegensetzen.

243 Es ist zudem die Aufgabe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, klare Haltung gegenüber
244 einer AfD zu zeigen, die immer mehr rechtsextreme Positionen aufnimmt und
245 versucht sich gegenüber den Wählerinnen und Wählern als eine Systemalternative
246 darzustellen. Es kann und darf für uns keine Kooperation mit einer politischen
247 Kraft geben, die zunehmend Grundwerte des Parlamentarismus negiert und Grund-
248 und Menschenrechte in Frage stellt.

249 Zeiten, in denen neue Herausforderungen alte Sicherheiten erschüttern, in denen
250 es einfacher ist, Verunsicherung und Ängste von Menschen zu schüren, sind die
251 Hochzeiten des Populismus. In solchen Zeiten erweist sich oft die Verzagtheit so

252 genannter etablierter Politikerinnen und Politiker, die angesichts des
253 Auftrumpfens der Populistinnen und Populisten einknicken und ihnen
254 hinterherlaufen wollen. In solchen Zeiten bedarf es in der Politik wie in der
255 gesamten Gesellschaft einer Stimme der Menschlichkeit und der Vernunft.
256 Wir, die sächsischen GRÜNEN, haben die Aufgabe, im Freistaat Sachsen die Kraft
257 zu sein, die die Zukunftsfähigkeit unseres Landes im Blick behalten. Die
258 Menschenrechte sind unser Kompass in der Flüchtlingspolitik. Wir streiten für
259 mehr Demokratie und für die Verteidigung der Bürgerrechte. Wir sind die einzige
260 ökologische Kraft im politischen Spektrum Sachsens.

261 Sachsen könnte mehr. Es bleibt jetzt erst recht unsere Aufgabe, Sachsens Chancen
262 deutlich zu machen und für eine politische Perspektive zu arbeiten, in der das
263 Machbare wichtiger als der Machterhalt ist. Sachsen braucht GRÜN, weil es
264 Veränderung braucht.